



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel  
Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12  
coordination@apartheid-reparations.ch  
www.apartheid-reparations.ch

Pressemitteilung vom 31. März 2009

### Südafrikanischer Vorstoss zu den schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime

Der schweizerische Botschafter Rudolf Bärzfuss erhielt heute ein von zahlreichen Persönlichkeiten aus der südafrikanischen Zivilgesellschaft unterzeichnetes Memorandum, das die Schweizer Regierung auffordert zu den Ergebnissen des 2005 veröffentlichten nationalen Forschungsprogramms NFP42+ Schweiz – Südafrika Stellung zu beziehen und die volle Wahrheit über die Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime offen zu legen.

Der südafrikanischen Delegation gehörten *Yasmin Sooka*, *Marjorie Jobson* sowie *Jody Kollapen* \* an. Bei dem Treffen mit dem schweizerischen Botschafter legte die südafrikanische Delegation die Forderungen der südafrikanischen Zivilgesellschaft an den Bundesrat dar. Dabei bezog sie sich auf den vom Leiter des Forschungsprogramms, Professor Georg Kreis, verfassten Schlussbericht, der 2007 in englischer Übersetzung erschien und von der KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika) im März 2008 an fünf Veranstaltungen in Südafrika vorgestellt wurde.

Ohne substantielle Gründe zu nennen, habe sich der Bundesrat geweigert, öffentlich zu den Ergebnissen der Studien Stellung zu beziehen. Dabei hätten diese gezeigt, dass die schweizerische Aus- und Wirtschaftspolitik über die Kreditgewährung, den Gold- und Waffenhandel und die Umgehung von Sanktionen die Apartheid-Regierung gestützt habe, insbesondere in den 1980-er Jahren.

Es sei schwer zu verstehen, dass der Bundesrat weder zu seiner damaligen Politik Stellung bezog oder dem Schweizer Volk dazu eine Erklärung abgab, noch sich gegenüber der Bevölkerung Südafrikas dafür entschuldigte, dass er das Apartheidregime direkt oder indirekt unterstützt und damit zur Weiterführung der Unterdrückung und der Verletzung der Menschenrechte beigetragen hatte.

Ausser einer Stellungnahme des Bundesrates fordern die Unterzeichnenden des Memorandums eine umfassende Aufarbeitung der noch offenen Fragen zu den Beziehungen Schweiz - Südafrika während der Apartheid und die Aufhebung der im April 2003 verhängten Archivsperre. Der Bundesrat wird ausserdem aufgefordert, das Recht der Opfer und Überlebenden zu anerkennen, Wiedergutmachung für die erlittene Gewalt zu suchen.

Der Bundesrat soll weiter geeignete Massnahmen ergreifen, die sicherstellen, dass es in Zukunft nicht mehr möglich ist, dass die Schweizer Regierung und die Schweizer Wirtschaft politische Regime unterstützen, welche die geltenden internationalen Menschenrechtsstandards verletzen.

Die KEESA unterstützt die Forderungen aus Südafrika, die sie für sehr berechtigt hält. Mehr als 100 Parlamentarier hatten den Bundesrat nach dem Erscheinen des Kreisberichts aufgefordert, sich

zu den Ergebnissen des von ihm angeregten Forschungsprogramms zu äussern. Obwohl sich der Bundesrat - damals noch mit Christoph Blocher, einem erklärten Freund des Apartheidregimes - an zwei Sitzungen mit dem Thema befasste, konnte sich die Landesregierung nicht zu der geforderten und bei mehreren Gelegenheiten in Aussicht gestellten Stellungnahme durchringen. Es scheint, dass auch bei der unerledigten schweizerischen Vergangenheit bezüglich der Apartheid Druck von aussen erforderlich ist, damit die Schweizer Regierung endlich handelt und ihre Verantwortung wahrnimmt.

### ***Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika – KEESA***

Kontakt und Auskunft:

Barbara Müller 061 681 80 84 oder 079 601 74 17

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

\*) ***Yasmin Sooka***, ist Juristin und seit 2001 Direktorin der Stiftung für Menschenrechte in Südafrika und Mitglied des Patronatskomitees von Jubilee Südafrika. An der Seite von Desmond Tutu war sie jahrelang für die Wahrheits- und Versöhnungskommission Südafrikas tätig. Die anerkannte Expertin für Rechtsfragen in Übergangssituationen hat viele Regierungen, Ausschüsse und Bürgerorganisationen beraten. Die Vereinten Nationen ernannten sie 2004 zur Beauftragten der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Sierra Leone.

***Marjorie Jobson*** ist die Direktorin der Selbsthilfeorganisation Khulumani Support Group, welche die Interessen von Opfern und Überlebenden schwerer Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid vertritt. Die Datenbank von Khulumani enthält 44'000 detaillierte Beschreibungen solcher Menschenrechtsverletzungen. Khulumani setzt sich für das Recht der Opfer auf Wiedergutmachung ein.

***Jody Kollapen*** ist ebenfalls Jurist und seit 2002 Vorsitzender der staatlichen südafrikanischen Menschenrechtskommission. Während der Apartheid verteidigte er vor Gericht verfolgte Menschenrechtsaktivisten und war für die Lawyers for Human Rights tätig.